

Grundsteuer um 100 Punkte hoch?

CDU und SPD wollen Strabs nur abschaffen, wenn das Land Beitragsausfall bezahlt

VON CHRISTOPHER MENGE

HERMANNSBURG. Wer zahlt die Zeche? Das Thema Straßenausbaubeiträge (Strabs) wird weiterhin heiß diskutiert. Bei der von der CZ und CD-Kaserne organisierten Podiumsdiskussion zur Bürgermeisterwahl in Faßberg in der Vorwoche wurden die beiden Kandidaten in einer Ja-Nein-Fragerunde gefragt, ob die Strabs gegebenenfalls über eine höhere Grundsteuer finanziert werden sollten. Kerstin Speder (parteilos) sagte Ja, Frank Bröhl (CDU) Nein. Beide Bewerber hoffen auf eine neue Regelung auf Landesebene. Auch in der Nachbargemeinde Südheide, wo sich aus der Bürgerinitiative sogar die Wählergruppe Aktive Südheide (WAS) gebildet hat, sind die Strabs ein großes Thema – nicht nur im Wahlkampf.

Die Frage, ob jemand für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge ist, findet der CDU-Fraktionsvorsitzende Bernd-Wilhelm Winkelmann allerdings unseriös. „Die CDU und SPD in der Gemeinde Südheide stehen der Abschaffung der Straßenausbaubeiträge positiv gegenüber, wenn das Land Niedersachsen den entstehenden Beitragsausfall kompensiert“, heißt es in einem gemeinsamen Positionspapier der beiden größten Fraktionen im Gemeinderat. Es müsse aber die Frage gestellt werden, ob man zeitgleich mit der Erhöhung der Grundsteuer einverstanden sei. CDU und SPD, die bei der vergangenen Gemein-



David-Wolfgang Ebener

Wer soll künftig den Straßenausbau bezahlen? In der Südheide sind sich CDU und SPD einig, dass eine höhere Grundsteuer keine Alternative zu den Ausbaubeiträgen ist.

deratswahl in der Südheide fast 80 Prozent erreichten, sind sich einig: Ohne eine Beitragskompensierung durch das Land Niedersachsen ist eine Abschaffung der Strabs zugunsten von Grundsteuererhöhungen nicht gerechter.

„Es handelt sich bei der Grundsteuer laut Gesetz um allgemeine Deckungsmittel und diese müssen daher dem Gesamthaushalt zur Verfügung stehen“, sagt SPD-Ratsmitglied Holger Meyer. Das heißt bevor die höheren Steuereinnahmen für die Straßensanierungen eingesetzt werden dürften, müs-

sen erst die Auszahlungen der laufenden Verwaltungstätigkeit sowie die Tilgung gedeckt werden. „Eine höhere Kreditaufnahme durch die entgangenen Straßenausbaubeiträge ist zudem nicht zulässig“, so Meyer.

Auch gibt er zu bedenken, dass durch die Umlegung der Straßenausbaubeiträge auf die Grundsteuer automatisch eine zusätzliche Belastung der Mieter eintritt, da die Grundsteuer im Rahmen der Nebenkostenabrechnung auf die Mieter umgelegt wird. „Dieses widerspricht meinem sozialen Gewissen“, sagt Meyer,

der anmerkt, dass sich für die Abschaffung der Straßenausbaubeiträge in der Südheide überwiegend Eigentümer stark machen würden, die an sanierungsbedürftigen Straßen, welche in absehbarer Zeit beitragspflichtig ausgebaut werden sollen, Eigentum haben. „Der FDP-Kreistagsinitiative zur Beitragskompensation aus Landkreismitteln erteile ich ebenfalls eine Absage, da dieses eine höhere Kreisumlage und somit eine Schwächung der Kommunen zur Folge hätte“, sagt der SPD-Mann aus der Südheide. Er meint, dass die

Grundsteuer um mindestens 100 Punkte angehoben werden müsste, um den Beitragsausfall zu kompensieren. Genau hier setzt Bernd-Wilhelm Winkelmann mit seiner Kritik an. „Wir stehen deutschlandweit vor einer Grundsteuerreform und es kann noch nicht abgeschätzt werden, in welcher Höhe künftig Grundsteuer zu leisten ist“, sagt der CDU-Fraktionsvorsitzende. Auch stelle sich die Frage, ob es gerechter sei, wenn der Grundstückseigentümer in Unterlüß auch für den Ausfall des Straßenausbeitrages in Beckedorf zahlen soll.